

27.10.2011

## **Emissionshandel: Zoff mit US Repräsentantenhaus**

Der Beschluss des US-Repräsentantenhauses, amerikanischen Airlines die Teilnahme am EU-Emissionshandel zu verbieten, ist eine nicht hinnehmbare Einmischung in die europäische Klimaschutzpolitik. Auch wenn das Gesetz im US-Senat zum Scheitern verurteilt sein dürfte, bedeutet dieser Schritte eine gefährliche Eskalation des transatlantischen Luftverkehrsstreits.

Die EU muss ihren Klimaschutz-Kurs beibehalten und darf sich nicht erpressen lassen. Die USA haben schon die internationalen Klimaverhandlungen weitgehend lahmgelegt. Jetzt dürfen sie nicht auch noch die EU daran hindern, beim Klimaschutz voran zu gehen. Angesichts der Gleichbehandlung europäischer und amerikanischer Airlines und der moderaten Kosten von weniger als 12€ für einen Transatlantikflug ist der heftige Widerstand der USA gegen den Emissionshandel nur ideologisch zu erklären.

Der Flugverkehr ist ein Hauptverursacher des Klimawandels. Mit dem Emissionshandel wird dem rasanten Wachstum der klimaschädlichen Luftverkehrsemissionen erstmals eine Grenze gezogen. Diesen wichtigen Fortschritt in der Klimapolitik darf die EU nicht politischem Druck der Luftfahrtlobby dies- und jenseits des Atlantiks opfern. Amerikanische Fluglinien müssen genau wie alle anderen im Rahmen des Emissionshandels zum Klimaschutz beitragen. Eine Sonderbehandlung würde die europäischen Fluglinien benachteiligen und die Ausweitung des Emissionshandels auf den Flugverkehr insgesamt in Frage stellen.